

**Protokoll der 12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, 27.01.2017, 20:00 Uhr
im Sitzungssaal des historischen Rathauses, Rathausgasse 6, 63654 Büdingen,**

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Appel, Thomas
Harris, Benjamin Carlos
Jentzsch, Dieter
Merz, Carina
Merz, Klaus
Michel, Simone

SPD-Fraktion

Huxhorn-Engler, Sieglinde
Kaiser, Matthias Stefan
Kleta, Rolf
Richter, Horst
Schlösser, Heidi
Schlösser, Stefanie

FWG-Fraktion

Appel, Thomas W.
Dönges, Sabine
Kraft-Marhenke, Sabine
Majunke, Ulrich
Mäser, Mathias
Niederwieser, Marcus
Schaffrath, Christian
Wiedenhöfer, Peter
Wolf, Peggy

FDP-Fraktion

Patzak, Wolfgang
Preißer, Dorothea

Pro Vernunft-Fraktion

Bähr, Gunnar
Faust, Wolfgang
Hornung, Reiner

Bündnis 90/Die Grünen

Cott, Joachim
Cott, Susanne

NPD-Fraktion

Ihmig, Willbrand
Kröll, Sören James
Lachmann, Daniel

Stadtverordnetenvorsteher

Marhenke, Reiner

vom Magistrat

Dießl, Reinhold
Schierhorn, Wilhelm
Spamer, Erich Bürgermeister
Strauch, Henrike Erste Stadträtin
Strehm, Tim

Schriftführer

Bennemann, Gerhard Magistratsoberrat
Teschke, Sven Dipl.-Verw.

Entschuldigt fehlen:

CDU-Fraktion

Gerlach, Markus
Gohlke, Kerstin
Luft, Bernd

SPD-Fraktion

Scheid-Varisco, Manfred

vom Magistrat

Diefenbach, Horst
Klein, Sylvia
Mäser, Norbert
Sebulke, Jörg
Stürz, Edgar

Tagesordnung:

- 1 Anfragen aus der Bevölkerung
 - 1.1 Halteverbotsregelung in der Straße "Im Wenigendorf"
Vorlage: XI/003/2017
 - 1.2 Kunsteisbahn
Vorlage: XI/004/2017
 - 1.3 Situation ehem. Hallenbad in Büdingen
Vorlage: XI/005/2017
- 2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen
 - 3.1 Mitteilung des Magistrats, betr.: Denkmalschutz-Sonderprogramm VI, hier: Stadtmauer Nord (Mauer 15)
Vorlage: VI/010/2017
 - 3.2 Mitteilung des Magistrats, betr.: Stadtumbau in Büdingen, hier: Umgestaltung der Emil-Diemer-Anlage, 1. Bauabschnitt
Vorlage: III/395/2014/1

- 3.3 Mitteilung des Magistrats, betr.: Vorschlag zum Wettbewerb "Großer Preis des Mittelstandes"
Vorlage: III/003/2017
- 3.4 Mitteilung des Magistrats, betr.: Geplanter Verkauf eines Grundstücks im Gebiet ZWIGL
Vorlage: IV/020/2017
- 3.5 Mitteilung des Magistrats, betr.: Jahresabschluss 2016 des Abwasserverbandes Seemenbach
Vorlage: VI/011/2017
- 3.6 Mitteilung des Magistrats, betr.: Hausanschlussrechnungen Diebach a.H.
Vorlage: III/004/2017
- 3.7 Mitteilung des Magistrats, betr.: Verlängerung der Grünphasen an Ampeln für Fußgänger
Vorlage: III/072/2016/1
- 3.8 Mitteilung des Magistrats, betr.: Ermittlung von Schaffensbeiträgen gem. Entwässerungs- und Wasserversorgungssatzung für das ehemalige Kasernengelände, hier: Stellungnahme der Kanzlei Görg
Vorlage: III/050/2016/1/1
- 3.9 Mitteilung des Magistrats, betr.: Spitzabrechnung der Steueranteile 2016
Vorlage: II/025/2016/1/1
- 3.10 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Bustransport der Kindergartenkinder
Vorlage: III/034/2016/1
- 3.11 Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Interview des Bürgermeisters mit Radio FFH
Vorlage: Anf/054/2017
- 3.12 Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Äußerung des Stv. Cott
Vorlage: Anf/055/2017
- 4 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 5 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Bürgernahe Verwaltung
Vorlage: III/074/2017
- 6 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Veröffentlichung des Gewerberegisters im Internet
Vorlage: III/075/2017
- 7 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Zuschuss Sanierungsmaßnahme Schießstand Schützenverein Düdelsheim 1925 e. V.
Vorlage: III/078/2017

- 8 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Bereitstellung einer gelben Tonne
Vorlage: III/076/2017
- 9 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe
Vorlage: III/077/2017
- 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, betr.: Zugang zum Ratsinfo der Stadt Büdingen für alle Mandatsträger
Vorlage: III/079/2017

Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers

- 11 Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen
Vorlage: II/046/2017

Ausschussberichte

- 12 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Haushalt 2017
Vorlage: II/025/2016/1
- 13 Bericht des Bau- und Planungsausschusses betr.: Dorferneuerung Michelau / Wolferborn
Vorlage: V/009/2016/1/1
- 14 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Modellprojekt "Familienstadt mit Zukunft"
Vorlage: II/409/2016/2
- 15 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FWG-Fraktion, Schaffung von Wickelmöglichkeiten und kindgerechten Lösungen für Toiletten sowie Zertifizierung von familienfreundlichen Geschäften, Gaststätten und öffentlichen Einrichtungen
Vorlage: III/058/2016/1
- 16 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FWG-Fraktion zur Einführung eines Motivationspreises "Wir gestalten unsere Zukunft"
Vorlage: VI/139/2016/1
- 17 Bericht des Ausschusses JKS, hier: Antrag der Fraktion SPD, betr.: Beschilderung der Geotope
Vorlage: III/059/2016/1
- 18 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FWG, FDP und Die Grünen, betr.: Nutzung der "Alten Polizeistation" für die Jugendarbeit
Vorlage: III/071/2016/1

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 19 Satzungsänderung der Kostenbeitragssatzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Büdingen
Vorlage: I/181/2016/1
- 20 Satzungsänderung der Satzung über die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten
Vorlage: I/181/2016/2
- 21 Satzungsänderung der Stadt Büdingen über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen
Vorlage: I/181/2016/3
- 22 Sicherstellung der Weiterführung des 50-Jahre-Museums
Vorlage: I/200/2017/1
- 23 Aussetzung Beschluss zum Verkauf des Stabsgebäudes Geb. 2217
Vorlage: II/043/2016/2
- 24 Büdingen Stadtteil Rohrbach
Bebauungsplan Nr. 2 "Die Ortengärten" (2. Änderung)
Öffentliche Auslegung gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: I/169/2016/1
- 25 Abschluss eines städtebaulichen Vertrages für das Gebiet des Bebauungsplanes "Am Lipperts"
Vorlage: I/192/2016/2
- 25.1 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Antrag der Fraktion Pro Vernunft, hier: Ermittlung von Schaffensbeiträgen gem. Entwässerungs- und Wasserversorgungssatzung für das ehemalige Kasernengelände
Vorlage: III/050/2016/1
- 26 Magistratevorlagen Grundstücksgeschäfte
- 27 Magistratevorlagen Personalangelegenheiten
- 28 Bekanntgaben an die SVV
- 29 Gemeinsamer Antrag der Fraktion FWG, Bündnis90/GRÜNE, SPD, betr.: 7. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung
Vorlage: II/052/2017

NIEDERSCHRIFT

Zu Beginn der Sitzung bat **Stadtverordnetenvorsteher Marhenke** die Anwesenden, sich von Ihren Plätzen zu erheben. Er trug danach folgenden Text vor:

Heute ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Der Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert begann heute anlässlich einer Gedenkstunde des Deutschen Bundestages mit den Worten: Zitat

„Es ist heute fast auf den Tag genau 75 Jahre her, als 15 hochrangige Vertreter des Nazi-Regimes in einer Villa im Westen der Hauptstadt zusammenkamen, um mit unfassbarer Menschenverachtung den millionenfachen Mord an den europäischen Juden möglichst effizient zu organisieren, der damals längst schon beschlossen war und auch seit langem begonnen hatte.“ Zitatende

Es sollte eine Gesamtlösung gefunden werden.

Was dann aber an Unmenschlichkeit und Menschenverachtung folgte, das neben den Juden auch andere Gruppen unschuldiger Menschen traf, die nicht in die NS Ideologie passten, ist auch heute noch unfassbar.

Wir gedenken heute: Millionen Gequälter und Ermordeter, all derer, die wegen Ihrer politischen und religiösen Überzeugungen verfolgt, inhaftiert und vernichtet wurden, wir gedenken Millionen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, Millionen von Menschen die versklavt wurden.

Speziell in diesem Jahr gedenken wir den vielen Kranken, Hilflosen und den damals so genannten „Lebensunwerten“ die ermordet wurden.

Unter dem Begriff „Euthanasie“ wurden 300 000 Menschen entrechtet, entmenschlicht, gequält und oftmals als Versuchsobjekte für die Medizin bzw. als Probeopfer für den späteren hunderttausendfachen Mord misshandelt.

Der Kreis der Opfer, die durch Verhungern, falsche Medikamente und durch das Setzen von Giftspritzen zu Tode kamen wurde immer größer.

Ebenso mussten viele Menschen, denen abweichendes Verhalten vorgeworfen wurde, unter Ihnen Regimegegner, Kriegsgefangene, sogenannte „Unangepasste“ und Querulanten mit ihrem Leben bezahlen.

Viele Menschen, die Mut hatten, Widerstand zu leisten oder Mitmenschlichkeit zu leben indem sie Verfolgten Hilfe und Schutz gegeben haben, setzten sich einer großen Gefahr aus und mussten allzu oft mit Ihrem Leben bezahlen.

Meine Damen und Herren,

In seiner Proklamation von 1996 führte Roman Herzog folgendes aus: Zitat

„Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Zitatende

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So heißt es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Lasst uns nach diesem Grundsatz leben und uns immer uneingeschränkt dafür einsetzen, denn das schulden

wir allen Opfern, denen die Würde und eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben genommen wurde, derer wir heute in Stille gedenken.

Nach den ersten Worten nahm Fraktionsvorsitzender Lachmann wieder Platz.

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke begrüßte danach die für den Stv. Preußler in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückte Stve. Carina Merz. Er stellte danach die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit bei 32 anwesenden Stadtverordneten fest.

Als Ergebnis der Vorbesprechung im Stadtverordnetenvorstand machte er folgende Vorschläge zur Erledigung der Tagesordnung:

Ohne Aussprache sollten die TOP 5, 6, 10, 14 und 22 (nur als Grundsatzbeschluss) entschieden werden.

Zurückgezogen wurden TOP 7 und 23.

Direkt in die Ausschüsse sollen verwiesen werden: TOP 8 und 22 (H+F), TOP 9, 19, 20 und 21 (JKS), TOP 24 (B+P).

Es lagen weiterhin zwei Eilvorlagen vor.

Eine Verwaltungsvorlage zur Zwischenfinanzierung von Arbeiten der Altstadtsanierung und ein interfraktioneller Antrag zur Änderung der Entschädigungssatzung.

Für die Aufnahme der Verwaltungsvorlage auf die TO stimmten 19 Stadtverordnete, damit war die erforderliche Mehrheit von Zwei-Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl nicht erreicht.

Für die Aufnahme des interfraktionellen Antrages, den der Stadtverordnetenvorsteher in vollem Wortlaut einschließlich der Begründung zuvor verlas, auf die TO stimmten 26 Stve. Es stimmten 3 Stve. dagegen und 3 Stve. enthielten sich der Stimme. Aufgrund eines Rechenfehlers wurde zunächst festgestellt, dass der TOP nicht auf der Tagesordnung sei, auf spätere Intervention aus den Reihen der Fraktionsvorsitzenden wurde der Rechenfehler erkannt und bei unverändertem Abstimmungsergebnis unwidersprochen die Aufnahme in die Tagesordnung festgestellt.

Die vorgeschlagene Verfahrensweise zur Tagesordnung wurde mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen der NPD-Vertreter beschlossen.

1 Anfragen aus der Bevölkerung

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke weist darauf hin, dass die Frage 1 nicht den Magistrat sondern die Ordnungsbehörde betrifft und sei daher nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. Der Bürgermeister habe ihm jedoch eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Die Fragen 2 und 3 seien so spät in der Verwaltung eingegangen, dass dort keine Antwort mehr vorbereitet werden konnte, auch sie würden daher schriftlich beantwortet.

1.1 Halteverbotsregelung in der Straße "Im Wenigendorf" Vorlage: XI/003/2017

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

am Donnerstag den 17.11.2016 wurde in der Einbahnstraße „Wenigendorf“ in Büdingen ein linksseitiges absolutes Parkverbot durch eine neu angebrachte Beschilderung ausgesprochen.

Hierzu einige Fragen:

Frage 1: Wann und von wem wurde das beschlossen ?

Frage 2: Warum wurden vorab die Anwohner nicht informiert ?

Frage 3: Was genau ist der Grund dieser Anordnung ?

Frage 4: Warum wurde die Anordnung gerade jetzt umgesetzt ?

Begründung:

Auf die am 29.11.2016 beim Bürgermeister eingereichte Anfrage der Anwohner inkl. Unterschriftenliste (*siehe Anhang*) wurde bis dato nicht reagiert.

MfG

Stefan Erk

Wird schriftlich beantwortet.

1.2 Kunsteisbahn
Vorlage: XI/004/2017

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

der Weihnachtsmarkt in Büdingen war wieder sehr schön.
Allerdings wurde auch dieses Mal die mobile Schlittschuhbahn nicht aufgebaut

Hierzu einige Fragen:

Frage 1: Warum wurde sie nicht aufgebaut ?

Frage 2: Ist es geplant, die Bahn am nächsten Weihnachtsmarkt in Betrieb zu nehmen ?

Frage 3: Was wurde getan, um die Bahn anderen Städten / Gemeinden zur Verfügung zu stellen bzw. sie zu verleihen ?

Frage 4: Wie hoch sind die Kosten der jährlichen Lagerung und wie teuer wäre z.B. ein dauerhafter Betrieb ?

Begründung:

Die Stadt Büdingen ist im Besitz einer mobilen Kunsteisbahn und hat diese bis auf wenige Male noch nicht genutzt. An Weihnachtsmärkten oder Sommerfesten wäre das sicherlich eine tolle Attraktion. Ansonsten ist eine Vermietung an andere Gemeinden / Städte sicherlich auch schöner als eine dauerhafte Lagerung.

MfG

Stefan Erk

Wird schriftlich beantwortet.

1.3 Situation ehem. Hallenbad in Büdingen

Vorlage: XI/005/2017

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

gerade bei dieser Jahreszeit ist es eine wohltuende Abwechslung mit seiner Familie mal ins Schwimmbad zu gehen. Doch leider ist das Hallenbad in Büdingen („*Büdingen Badewelt*“) schon länger geschlossen.

Hierzu einige Fragen:

Frage 1: Wurde das städtische Hallenbad schon verkauft oder gibt es Interessenten ?

Frage 2: Ist ein Hallenbad Neubau oder eine Erweiterung des Freibades zum kombinierten Frei- und Hallenbad geplant ?

Frage 3: Wurde mit anderen Städten und Gemeinden bezüglich dieser schlechten Situation schon Kontakt aufgenommen, um eine zeitnahe Lösung zu finden (*Stichwort Zweckverband*) ?

Begründung:

Gerade für eine Familienstadt mit Schulzentrum ist es wichtig nicht nur im Sommer ein städtisches Schwimmbad anbieten zu können. Aktuell müssen die Schüler und auch die Familien lange Fahrwege in Kauf nehmen, um ein Hallenbad nutzen zu können.

MfG

Stefan Erk

Wird schriftlich beantwortet.

2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke teilt mit, dass die Jury Bürgerplakette mehrere Verleihungen beschossen hätte. Diese werden am 22. März 2017 um 20:00 Uhr im Sitzungssaal des historischen Rathauses verliehen.

3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen

3.1 Mitteilung des Magistrats, betr.: Denkmalschutz-Sonderprogramm VI, hier: Stadtmauer Nord (Mauer 15)

Vorlage: VI/010/2017

Bürgermeister Spamer berichtet, dass die Mittel für die Sanierung der Altstadtmauer in Höhe von 150.000 € aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm VI, 2. Tranche bereit stünden. Das Geld werde voraussichtlich im 1. Quartal 2017

dem Land Hessen zugewiesen und dann an die Stadt per Bescheid weitergeleitet.

3.2 Mitteilung des Magistrats, betr.: Stadtumbau in Büdingen, hier: Umgestaltung der Emil-Diemer-Anlage, 1. Bauabschnitt
Vorlage: III/395/2014/1

Bürgermeister Spamer kündigt einen Bericht zum Sachstand Emil-Diemer-Anlage, 1. Bauabschnitt, durch Frau Göller an. Der Bericht dürfe schon dem Bau- und Planungsausschuss verteilt worden sein. Der Bericht werde noch an alle Stadtverordneten verteilt.

3.3 Mitteilung des Magistrats, betr.: Vorschlag zum Wettbewerb "Großer Preis des Mittelstandes"
Vorlage: III/003/2017

Bürgermeister Spamer berichtet, dass er die Fa. Leinberger Bau GmbH zum Wettbewerb „Großer Preis des Mittelstandes“ vorgeschlagen habe. Das sei auch bestätigt worden.

3.4 Mitteilung des Magistrats, betr.: Geplanter Verkauf eines Grundstücks im Gebiet ZWIGL
Vorlage: IV/020/2017

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass wir einen Vertrag mit einem Grundstückskäufer gemacht hätten im Bereich ZWIGL Sobald eine Erweiterungsfläche bereit stehe und der B-Plan rechtskräftig sei, sei die Zahlung fällig. Mit dem Vertrag seien die Aufwendungen, die der ZWIGL getätigt habe abgedeckt, so dass hieraus keine negativen Forderungen auf uns zukämen.

3.5 Mitteilung des Magistrats, betr.: Jahresabschluss 2016 des Abwasserverbandes Seemenbach
Vorlage: VI/011/2017

Bürgermeister Spamer berichtet, dass für den Abwasserverband Seemenbach der Jahresabschluss 2016 erstellt sei und mit einem Ergebnis von +110.000 € ende. Die Prüfung laufe und der Wirtschaftsplan der Stadtwerke liege von der Kommunalaufsicht vor.

3.6 Mitteilung des Magistrats, betr.: Hausanschlussrechnungen Diebach a.H.
Vorlage: III/004/2017

Bürgermeister Spamer teilt in Sachen Diebach, in der es um die Kosten der Hausanschlussleitungen gehe, mit, die Sache sei bewusst vor Weihnachten nicht mehr weiter verfolgt worden. Am 10.01.2017 sei der Vorgang zur abschließenden Bearbeitung an den Herrn Bennemann gegangen. Dieser werde dies auch entsprechend in absehbarer Zeit bearbeiten.

3.7 Mitteilung des Magistrats, betr.: Verlängerung der Grünphasen an Ampeln für Fußgänger
Vorlage: III/072/2016/1

Anfrage der Grünen bezüglich der Zeiten der Lichtzeichenanlagenverlängerung. Das Ergebnis teile er mit. Dort werde die Auffassung vertreten, von der zuständigen Stelle, dass es ausreichend sei.

3.8 Mitteilung des Magistrats, betr.: Ermittlung von Schaffensbeiträgen gem. Entwässerungs- und Wasserversorgungssatzung für das ehemalige Kasernengelände, hier: Stellungnahme der Kanzlei Görg
Vorlage: III/050/2016/1/1

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass heute Nachmittag ein Schreiben der Anwaltskanzlei Görg eingegangen sei betr. der Schaffensbeiträge. Er verliest die Zusammenfassung: „Die Erhebung von Schaffensbeiträgen für das ehemalige Grundstück des Kasernengeländes und für alle aus diesem Grundstück neu gebildeten Grundstücke ist heute grundsätzlich ausgeschlossen. Nach Auskunft der Stadt wurde ein Schaffensbeitrag nach Anschluss des Kasernengeländes an die Wasserversorgung und Entwässerungseinrichtungen der Stadt vor Jahrzehnten bereits erhoben. Nach dem Grundsatz der Einmaligkeit der Beitragserhebung wäre die Erhebung eines nochmaligen Schaffensbeitrages deshalb nunmehr unzulässig. Dies gilt auch dann, wenn die frühere Erhebung des Schaffensbeitrages unvollständig oder aus anderen Gründen nicht ordnungsgemäß erfolgte, denn die Frist (von vier Jahren) zur Festsetzung der Schaffensbeiträge ist jedenfalls mittlerweile abgelaufen. Und selbst wenn die EWS und oder die WVS zum Zeitpunkt der Erhebung der Schaffensbeiträge unwirksam gewesen sein sollte, mit der Folge, dass auch die Beitragserhebung unwirksam wäre, käme einer Erhebung heute nicht mehr in Betracht, denn die rückwirkende Heilung eines Satzungsmangels ist über einen so langen Zeitraum nicht mehr möglich. Damit kommt die Erhebung von Schaffensbeiträgen für neue (Teil-)Flächen des Kasernengeländes heute unseres Erachtens nur in Betracht, sofern das Grundstück des Kasernengeländes bei der früheren Erhebung des Schaffensbeitrages als Außenbereichsgrundstück behandelt wurde und bestimmte Teilflächen des Grundstücks mangels baulicher oder gewerblicher Nutzbarkeit bei der Beitragserhebung nicht berücksichtigt wurde, könnte für diese Flächen Schaffensbeiträge zukünftig noch erhoben werden. Voraussetzung wäre ferner, dass diese Flächen Bestandteil eines (oder mehrerer) neu gebildeter Grundstücke sind, nunmehr baulich oder gewerblich nutzbar werden und die Möglichkeit erhalten, an die Entwässerungs- oder Wasserversorgungseinrichtungen angeschlossen zu werden.“ Er werde dann die Gesamtstellungnahme weiterleiten und der Herr Bennemann werde dann auch eine Prüfung der möglichen Punkte vornehmen, die er als die letzten zwei Absätze vorgelesen habe.

3.9 Mitteilung des Magistrats, betr.: Spitzabrechnung der Steueranteile 2016
Vorlage: II/025/2016/1/1

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass wir heute für das Jahr 2016 die Spitzabrechnung für Einkommenssteuer, Umsatzsteueranteile, Gewerbesteuerumlage

erhalten hätten. Diese ende mit einer Herauszahlung von 416.000 Euro, was dann zur Folge habe, was er nachher noch sagen werde, im Vergleich 2016/2015 eine Kassenkreditreduzierung um 556.000 € hätten.

3.10 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Bustransport der Kindergartenkinder

Vorlage: III/034/2016/1

Stv. Bähr stellt eine Frage an die Erste Stadträtin: Es gehe um einen Antrag von Pro Vernunft vom Juli oder August 2016. Es betreffe den Kindergartenbus von Orleshausen über Calbach nach Eckartshausen. Der Beschlussantrag sei in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen worden. Der Haupt- und Finanzausschuss habe am 05.09.2016 folgenden Beschluss gefasst: „Die Vorlage wird im Ausschuss belassen und die Verwaltung wird beauftragt, für das nächste Kalenderjahr den Bedarf eines Bustransportes zu ermitteln. Weiterhin sollen die hierfür entstehenden Kosten ermittelt werden. Es sind Möglichkeiten flexiblerer Fahrzeiten zu prüfen, die in den vergangenen Jahren angefallenen Kosten vorzulegen. Dem Finanzausschuss soll außerdem die Beweggründe des Magistrates, die zur Einstellung des Bustransportes geführt haben, vorgelegt werden.“ Er möchte wissen, ob sich die Erste Stadträtin mitteilen könne, wie weit das sei.

Erste Stadträtin Strauch antwortet, dass die Bedarfsabfrage formuliert sei und im nächsten Monat den Eltern zukommen solle. In Eckartshausen sei es aber derzeit so, dass es dort nur vier Calbacher Kinder gebe. Die Orleshäuser Kinder gingen mittlerweile nach Düdelsheim, weil das für die meisten Eltern sinnvoller sei wegen des Schulbezirkes. Der Bustransport sei damals auch eingestellt worden, da er zu unrentabel für die Eltern gewesen sei, da der Bus nicht ausgelastet war. Die Bedarfsabfrage werde dennoch durchgeführt. Es werde zudem überlegt, das auch auf weitere Bereiche, etwa Wolferborn auszudehnen.

3.11 Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Interview des Bürgermeisters mit Radio FFH

Vorlage: Anf/054/2017

Stv. Lachmann fragt Bürgermeister Spamer, ob es zutreffe, dass er in seiner Funktion als Bürgermeister am Morgen des 17.01.2017 in einem Interview bei Radio FFH gesagt habe, die NPD führe heute in Büdingen einen Infostand durch. Wenn dies zutreffe, was habe er sich durch seine Ankündigung erhofft.

Bürgermeister Spamer antwortet direkt an Herrn Lachmann gerichtet, es gehe diesen nichts an, welche Hoffnungen er mit einer Äußerung verbinde. Das sei seine persönliche Angelegenheit.

3.12 Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Äußerung des Stv. Cott

Vorlage: Anf/055/2017

Stv. Lachmann fragt Stadtverordnetenvorsteher Marhenke. Der Stv. Cott habe die NPD-Fraktion und deren Gäste auf dem Neujahrsempfang als Bagage bezeichnet, was für Gesindel oder Pack stehe. Er möchte wissen, ob der Stadtverordnetenvorsteher gedenke, Herrn Cott dafür zu maßregeln oder zu rügen.

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke antwortet, es sei nicht seine Aufgabe, etwas, was Stadtverordnete in ihrer Freizeit und privat sagen, zu rügen. Er sei Stadtverordnetenvorsteher und ihm als Stadtverordneten rechenschaftspflichtig und er habe sich hinter die Verwaltung zu stellen. Er möchte ergänzen, dass es mehrere Bedeutungen des Begriffs Bagage gebe. Geschichtlich sei der Tross im 30-jährigen Krieg für die Versorgung der Soldaten zuständig. Er bestand aus Logistikern, Ärzten, Ingenieuren, Marketendern, die dafür gesorgt hätten, dass die Familien und die Soldaten versorgt worden seien. Diesen Tross nenne man auch Bagage. Er denke, dass der Begriff doch gar nicht so schlecht sei. Vielmehr gehe er davon aus, dass Herr Cott, der sehr geschichtsbewusst sei, das so gemeint habe.

4 Bericht des Kämmers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Bürgermeister Spamer gibt folgenden Bericht zum Kassenstand:

Kontostände	Auszug vom	Stand	zuzügl. Abbuchungen	Endstand
			abzgl. Überweisungen	
Sparkasse	25.01.2017			585.407,68
<i>Vorjahr 27.01.2016</i>				<i>-58.323,69</i>
VR Bank	25.01.2017			150.414,54
<i>Vorjahr 27.01.2016</i>				<i>104.919,79</i>
Postbank	25.01.2017			49.355,00
<i>Vorjahr 27.01.2016</i>				<i>77.207,58</i>
Gesamtsumme				785.177,22
<i>Vorjahr 27.01.2016</i>				<i>123.803,68</i>
Ausgaben/ Rechnungen	nächste Fälligkeit			
fertig zum überweisen				266.268,47
erfasste Rechnungen im Umlauf				751.932,63
Eingang-Rechnungen			ca.	38.000,00
Kreis/Schulumlage				0,00
Gehälter 01/2017			ca.	533.241,00
Gesamtsumme				1.589.442,10
Einnahmen				
Schlüsselzuweisung				0,00

Abbuchungslauf Steuern u. a.			ca.	0,00
Gem.ant. Steuern 31.01.				416.626,13
Gesamtsumme				416.626,13
Bankbestand				785.177,22
Verbindlichkeiten				-1.589.442,10
Forderungen				416.626,13
Kassenkredithöhe				12.000.000,00
(12 Mio. Sparkasse Oberhes- sen)				
Endstand 26.01.2017				-387.638,75
Endstand inkl. Kassenkredit 26.01.2017				-12.387.638,75
<i>sonstige Forderungen Vorjahr</i>				<i>680.000,00</i>
<i>sonstige Verbindlichkeiten Vorjahr</i>				<i>-748.214,44</i>
Endstand inkl. Kassenkredit (13 Mio.) 28.01.2016				-12.944.410,76
Vergleich Endstand 2016/2015				556.772,01

Schlüsselzuweisung und Kreis-/Schulumlage entsprechen der vorl. Haushaltsplanung

Kassenkredit 10 Mio. Euro umgeschuldet von der NRW Bank zur Sparkasse Oberhessen (bis zum 12.06.2017 0,02 % Zinsen)

Kassenkredit SPK Oberhessen reduziert von 3 Mio. auf 2 Mio. Euro (bis zum 12.06.2017 0,02 %)

Anträge der Fraktionen und Beiräte

5 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Bürgernahe Verwaltung Vorlage: III/074/2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Bürgern stetig zu verbessern. Hierzu sollen zunächst mehrere konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

1. Einrichtung eines internetbasierten Kommunikationsportals über das Bürger wahlweise mit dem PC oder dem Mobiltelefon Schäden, Problemstellen oder Verbesserungsvorschläge mit möglichst geringem Aufwand an die Verwaltung melden können (Büdingen-App).

2. Stärkere Einbeziehung der Bürger in städtische Planungen. Bauvorhaben, Immobilienkäufe oder –Verkäufe sollten leicht zugänglich veröffentlicht und mit der Möglichkeit zu Anregungen versehen werden. Bürger sollten bei der Benennung von Straßen, Plätzen, Bauwerken einbezogen werden.
3. Veröffentlichung des Haushaltsplans als interaktive Anwendung, bei der der Bürger von einer Übersicht ausgehend Einblick bis in einzelne Produkte hat. Dabei sollen auch die Aufgaben, die mit den einzelnen Produkten erfüllt werden, erläutert werden.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Bürgern stetig zu verbessern. Hierzu sollen zunächst auch folgende konkreten Maßnahmen umgesetzt werden.

Der Rest bleibt unverändert

Abstimmungsergebnis:

Der ergänzte Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung beschlossen.

6 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Veröffentlichung des Gewerberegisters im Internet

Vorlage: III/075/2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Aufstellung der Büdinger Gewerbebetriebe auf den Internetseiten der Stadt zu veröffentlichen. Dabei sollten die Betriebe möglichst nach Branchen geordnet dargestellt und, soweit möglich eine Verknüpfung mit den eigenen Internetseiten der Unternehmen erstellt werden.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Aufstellung der Büdinger Gewerbebetriebe mit Zustimmung der jeweiligen Betriebe auf den Internetseiten der Stadt zu veröffentlichen. Dabei sollten die Betriebe möglichst nach Branchen geordnet dargestellt und, soweit möglich eine Verknüpfung mit den eigenen Internetseiten der Unternehmen erstellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der ergänzte Beschlussvorschlag wurde einstimmig mit 32 Ja-Stimmen beschlossen.

7 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Zuschuss Sanierungsmaßnahme Schießstand Schützenverein Düdelsheim 1925 e. V.

Vorlage: III/078/2017

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen zahlt dem Schützenverein Düdelsheim 1925 e.V. eine Zuschuss für Sanierungsmaßnahmen aufgrund der unten stehenden Auflagen.

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

- 8 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Bereitstellung einer gelben Tonne**
Vorlage: III/076/2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat schafft die Möglichkeit, den Büdinger Haushalten eine gelbe Tonne auf freiwilliger Basis anzubieten. Die Möglichkeit des gelben Sacks bleibt bestehen. Ein entsprechender Satzungsänderungsentwurf ist auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Der Magistrat sorgt dafür, dass in Büdingen zukünftig ein gelber Sack mit besserer Qualität/Reißfestigkeit (wie in den Nachbarkommunen) ausgegeben wird.

Beschluss:

Verwiesen an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen.

- 9 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe**
Vorlage: III/077/2017

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe.

Beschluss:

Verwiesen an den Ausschuss JKS.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen.

- 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, betr.: Zugang zum Ratsinfo der Stadt Büdingen für alle Mandatsträger**
Vorlage: III/079/2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, für alle Mandatsträger den Zugang zum Ratsinformationssystem für die Unterlagen der zurückliegenden Legislaturperioden sicherzustellen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers**11 Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen
Vorlage: II/046/2017****Beschlussvorschlag:**

- a) Die Sitzungen finden in der Regel mittwochs statt.
- b) Die Sitzungen beginnen in der Regel um 19:30 Uhr und enden um 22:30 Uhr.
(Die vorliegende Geschäftsordnung muss bei Zustimmung zu a) und/oder b) entsprechend in § 16 Abs. 2 geändert werden)
- c) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen beschließt mit Wirkung ab dem dem Beschluss folgenden Tag (in der geänderten Fassung) die beigefügte Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, dass sie weiterhin regelmäßig Freitags ab 20:00 Uhr tagt.

Die Geschäftsordnung wurde zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Freitag als Sitzungstag stimmten 17 Stadtverordnete, 12 stimmten dagegen.

Für den regelmäßigen Sitzungsbeginn um 20:00 Uhr stimmten 17 Stadtverordnete, 10 stimmten dagegen und 2 enthielten sich.

Die Verweisung erfolgte mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Ausschussberichte

12 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Haushalt 2017 Vorlage: II/025/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 94 ff. HGO die vorgelegte Haushaltssatzung nebst Anlagen.

Haushaltssatzung der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2015 (GVBl. I S. 618), hat die Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2017 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das **Haushaltsjahr 2017** wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	-41.761.748
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	41.319.222
mit einem Saldo von	<u>-442.526</u>

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	-6.045
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>0</u>
mit einem Saldo von	-6.045

mit einem Überschuss -448.571

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 1.395.410

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.893.478
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>-3.323.875</u>
mit einem Saldo von	-1.430.397

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 730.000

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf mit einem Saldo von	<u>-730.000 EUR</u> 0 EUR
mit einem Zahlungsmitteldefizit des Haushaltsjahres von	-34.987

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2017 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird auf

730.000 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2016 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf

300.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2017 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

14.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	400
b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf	431
2. Gewerbesteuer auf	380

§ 6

Es gilt der von der Gemeindevertretung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über die Erteilung des Zuschlags bei Ausschreibungen von Investitionsmaßnahmen über 50.000 EUR ist der Finanzausschuss der Stadtverordnetenver-

sammlung unverzüglich zu informieren; desgleichen, wenn aufgrund der Ausschreibung Ausgabenansätze um mehr als 10.000 EUR überschritten werden.

§ 8

Über- und außerplanmäßige Auszahlungen gem. § 100 HGO gelten ab einer Höhe von 10.000 EUR als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Ausgenommen von dieser Regelung sind überplanmäßige Auszahlungen bei der Gewerbesteuerumlage.

Büdingen, den 27.01.2017
Der Magistrat der Stadt Büdingen

(Erich Spamer)
Bürgermeister

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Ausnahme des Stellenplans, gegen den 4 Stimmen abgegeben werden und bei dem sich 3 Stadtverordnete enthalten, werden alle anderen Abstimmungen mehrheitlich mit 3 Gegenstimmen positiv beschieden.

- 13 Bericht des Bau- und Planungsausschusses betr.: Dorferneuerung Michelau / Wolferborn**
Vorlage: V/009/2016/1/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den anhängenden Bericht, Vorlage Nr. V/009/2016/1, mit Zustimmung zur Kenntnis.

Die Dorferneuerung Michelau / Wolferborn wird als ständiger Punkt an den Bau- und Planungsausschuss überwiesen. Die Beratung erfolgt bei Bedarf. Der TOP ist mindestens einmal im Vierteljahr auf die Tagesordnung zu nehmen.

- 14 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Modellprojekt "Familienstadt mit Zukunft"**
Vorlage: II/409/2016/2

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Das vorliegende Kurz-Konzept wird in die Praxis umgesetzt. Nach einem halben Jahr soll im Ausschuss JKS ein Bericht vorgelegt werden, auf dessen Grundlage das Konzept evaluiert und gegebenenfalls modifiziert werden kann.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

- 15 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FWG-Fraktion, Schaffung von Wickelmöglichkeiten und kindgerechten Lösungen für Toiletten sowie Zertifizierung von familienfreundlichen Geschäften, Gaststätten und öffentlichen Einrichtungen**
Vorlage: III/058/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistrat wird beauftragt, das bisher Erreichte in Sachen Familienfreundlichkeit zu evaluieren und darüber hinaus einen neuen Fragebogen zu entwickeln, der weitere Aspekte aufnimmt und das Thema der Familienfreundlichkeit weiter entwickelt. Dieser neue Fragebogen soll dem Ausschuss JKS vor den Sommerferien vorgelegt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistrat wird beauftragt, das bisher Erreichte in Sachen Familienfreundlichkeit zu evaluieren und darüber hinaus einen neuen Fragebogen zu entwickeln, der weitere Aspekte aufnimmt und das Thema der Familienfreundlichkeit weiter entwickelt. Dieser neue Fragebogen soll dem Ausschuss JKS vor den Sommerferien vorgelegt werden.
Der Magistrat wird beauftragt, bei allen Neubauten oder Gebäudesanierungen den Einbau kindgerechter Toiletten zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ergänzungsantrag wurde ebenso wie die ergänzte Ausschussvorlage einstimmig mit 31 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

- 16 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FWG-Fraktion zur Einführung eines Motivationspreises "Wir gestalten unsere Zukunft"**
Vorlage: VI/139/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einführung eines Motivationspreises als Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement junger Menschen bis zum Alter von 25 Jahren unter dem Titel „Ihr gestaltet unsere Zukunft – wir sagen Danke!“
Der Motivationspreis besteht aus einer Urkunde und einem Geldbetrag:

Für den 1. Preis 400,-- €, für den 2. Preis 300,-- € und für den 3. Preis 200,-- €. Die verbleibenden 100,-- € werden in Form eines Anerkennungspreises/von Anerkennungspreisen an weitere Teilnehmer vergeben.

Gewürdigt werden soll außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement. Vorschläge können von Privatpersonen, Institutionen und kommunalpolitischen Gremien eingereicht werden. Die Auswahl obliegt der Jury Bürgerplakette plus zwei Vertretern des Kinder- und Jugendbeirates. Die Verleihung erfolgt im Rahmen der Ehrung Bürgerplakette.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wurde mit 29 Gegenstimmen bei 3 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die Ausschussvorlage wurde bei 2 Enthaltungen einstimmig mit 30 Ja-Stimmen beschlossen.

- 17 Bericht des Ausschusses JKS, hier: Antrag der Fraktion SPD, betr.: Beschilderung der Geotope**
Vorlage: III/059/2016/1

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Die Beschilderung mit Infotafeln der in der Gemarkung Büdingen gelegenen Geotope als Projekt im Rahmen des Leader Programmes in die Wege zu leiten sowie nach Sponsoren zu suchen.
2. Im Rahmen dieses Projektes eine Hinweistafel zu den Wanderrouten und Wanderwegen auf dem Altstadtparkplatz erstellen zu lassen mit den dazugehörigen QR-Codes.
3. Zu prüfen, ob über die Wanderrouten per Faltprospekt informiert werden kann, ohne dass dies die Verkehrssicherungspflicht berührt. Die Faltprospekte sollen an der Hinweistafel auf dem Altstadtparkplatz deponiert werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

- 18 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FWG, FDP und Die Grünen, betr.: Nutzung der "Alten Polizeistation" für die Jugendarbeit**

Vorlage: III/071/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Nutzung der "Alten Polizeistation" für die Jugendarbeit unter dem Vorbehalt eines positiven Ergebnisses des nachfolgenden Prüfauftrages aus.

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Raumnutzung der alten Polizeistation zu erstellen und dabei die Raumwünsche von JJ zu berücksichtigen. Weiter wird der Magistrat beauftragt, ein Grobkonzept der Sanierungsnotwendigkeiten mit Kostenschätzung zu erarbeiten. Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft ist dabei mit einzubeziehen.

Die Konzepte für Nutzung und Sanierungsnotwendigkeiten sind dem Ausschuss JKS bis zum 15.03.2017 vorzulegen.

Der Magistrat wird beauftragt, temporär nutzbare Räume für die offene Jugendarbeit zu finden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Zusatzantrag des Stv. Bähr wurde mehrheitlich mit 24 Gegenstimmen bei 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Die Ausschussvorlage wurde einstimmig mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen.

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 19 Satzungsänderung der Kostenbeitragssatzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Büdingen**
Vorlage: I/181/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderungen der Kostenbeitragssatzung der Stadt Büdingen rückwirkend zum 01.01.2017.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist die Vorlage an den Ausschuss JKS. Außerdem wird der Magistrat aufgefordert, dem Ausschuss eine Überprüfung der Kindergartengebühren vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen.

20 Satzungsänderung der Satzung über die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten

Vorlage: I/181/2016/2

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderungen der bisherigen Satzung über die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten in den Kindergärten der Stadt Büdingen als neue Satzung über die Bildung und Aufgaben von Elternversammlung und Elternbeirat in den Tageseinrichtungen der Stadt Büdingen rückwirkend zum 01.01.2017

Beschluss:

Die Vorlage wird verwiesen an den Ausschuss JKS.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen.

21 Satzungsänderung der Stadt Büdingen über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen

Vorlage: I/181/2016/3

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderungen der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen rückwirkend zum 01.01.2017.

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Ausschuss JKS verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen.

22 Sicherstellung der Weiterführung des 50-Jahre-Museums

Vorlage: I/200/2017/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Weiterführung des 50-Jahre-Museums durch die Stadt gesichert wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung ist grundsätzlich zur Weiterführung des 50-er Jahre Museums in Büdingen bereit. Die Einzelheiten wie die zukünftige Rechtsträgerschaft etc. sollen vom Magistrat geklärt und dann dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

**23 Aussetzung Beschluss zum Verkauf des Stabsgebäudes Geb. 2217
Vorlage: II/043/2016/2**

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**24 Büdingen Stadtteil Rohrbach
Bebauungsplan Nr. 2 "Die Ortengärten" (2. Änderung)
Öffentliche Auslegung gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: I/169/2016/1**

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage beigefügte Ergebnisbericht über die Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung billigt die als Anlage beigefügten Beschlussvorschläge zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 BauGB i. V. mit § 81 HBO in der Fassung vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 274) und § 51 HGO i. d. F. vom 1. April 1993 (GVBl. 1992 I S. 534) den Bebauungsplan Nr. 2 „Die Ortengärten“ (2. Änderung) als Satzung und die Begründung hierzu.
4. Der Magistrat wird beauftragt, das Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB mitzuteilen und den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Beschluss:

Verwiesen an den Bau- und Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 29 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen.

**25 Abschluss eines städtebaulichen Vertrages für das Gebiet des Bebauungsplanes "Am Lipperts"
Vorlage: I/192/2016/2**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat stimmt dem Abschluss des vorgelegten städtebaulichen Vertrages und des Erschließungsvertrages mit der Firma Revikon für den Bereich des Bebauungsplanes „Am Lipperts“ zu.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 24 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen

25.1 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Antrag der Fraktion Pro Vernunft, hier: Ermittlung von Schaffensbeiträgen gem. Entwässerungs- und Wasserversorgungssatzung für das ehemalige Kasernengelände

Vorlage: III/050/2016/1

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Erschließungsvertrag und den städtebaulicher Vertrag anzunehmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mit 25 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und 6 Enthaltungen.

26 Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

Es gab keine Vorlagen.

27 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

Es gab keine Vorlagen.

28 Bekanntgaben an die SVV

Es ab keine Bekanntgaben.

29 Gemeinsamer Antrag der Fraktion FWG, Bündnis90/GRÜNE, SPD, betr.: 7. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung

Vorlage: II/052/2017

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende 7. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Büdingen:

Aufgrund der §§ 5 und 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786) in der derzeit gültigen Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen am _____ folgende 7. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung beschlossen:

Art. I

§ 5 Absatz 3 der Entschädigungssatzung wird um folgenden Text ergänzt:

Ausgenommen davon sind Fraktionen aus Vertretern erkennbar verfassungsfeindlicher Parteien/Vereinigungen.

Art. II

Die übrigen Vorschriften der Entschädigungssatzung bleiben unberührt.

Art. III

Die Satzung tritt zum 1. Februar 2017 in Kraft.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Der Verweisungsantrag wurde mehrheitlich mit 21 Gegenstimmen bei 8 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit 24 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen.

Ende der Sitzung: 23:05 Uhr.

Büdingen, den 31. Januar 2017

(Gerhard Bennemann)
Schriftführer

(Reiner Marhenke)
Stadtverordnetenvorsteher